

XXIV. GP.-NR

10084 /J

ANFRAGE

07. Dez. 2011

Des Abgeordneten Wolfgang Zanger  
und weiterer Abgeordneter  
an die Bundesministerin für Finanzen

**betreffend rechtlicher Mängel von Managerbezügen der Post & Telekom  
Immobilien-gesellschaft m.b.H.**

Im Rahmen des Rechnungshofberichtes 2011/07 "Verträge der geschäftsführenden  
Leitungsorgane in öffentlichen Unternehmen", werden fehlende gesetzliche  
Vereinbarungen in der Post & Telekom Immobilien-gesellschaft m.b.H. aufgezeigt.

Im diesem Rechnungshofbericht wird erwähnt, dass die Post & Telekom  
Immobilien-gesellschaft m.b.H bei den Ausschreibungen der Managerfunktionen das  
Stellenbesetzungsgesetz nur teilweise einhielt.

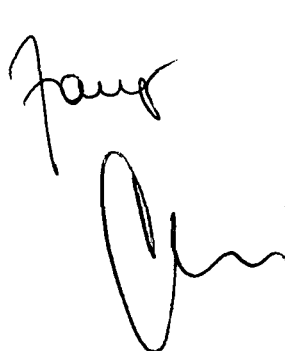
In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die  
Bundesministerin für Finanzen, folgende

**Anfrage:**

1. Warum stellte der Gesellschafter der Post & Telekom Immobilien-gesellschaft  
m.b.H. ohne vorherige öffentliche Ausschreibung einen leitenden Mitarbeiter  
im Rahmen seines bestehenden Dienstvertrags interimistisch als Manager ein,  
ohne Änderung oder Anpassung seines bisherigen Dienstvertrages?
2. Warum wurden die variablen Bezugsbestandteile der Manager ausschließlich  
an kurzfristige Zielvorgaben gebunden?
3. Warum wurden die Grundsätze der Corporate Governance betreffend  
Offenlegung und Transparenz nicht eingehalten?
4. Warum enthielten die Managerverträge weder Pensionsvereinbarungen, noch  
waren Nebenabreden darüber abgeschlossen?



Asch



HBRP

